

Deutschen-Diskriminierung als Staatsziel?



Der Historiker Klaus-Rüdiger Mai hat in einem ausführlichen Beitrag die möglichen Folgen des sogenannten „Integrationsgipfels“ von letzter Woche analysiert. So gut wie unbemerkt von der Öffentlichkeit hatte die Staatsministerin Aydan Özoguz am 14.11.2016 ein Impulspapier vorgelegt (PI berichtete), das Migrantorganisationen vom Bund gefördert erarbeitet haben. Im Kern geht es um die tiefgreifende Veränderung der Bundesrepublik Deutschland zum erheblichen Nachteil der „Menschen, die schon länger hier leben“, wie die Deutschen inzwischen genannt werden, weil für die deutsche Staatsministerin das Wort Deutsch zum Unwort geworden zu sein scheint.

Die Präambel des Grundgesetzes spricht aber nicht von „denen, die schon länger hier leben“, sondern eindeutig vom „Deutschen Volk“, das sich im „Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ das Grundgesetz als rechtliche Grundlage des

deutschen Staates gegeben hat.

Geht es nach dem Willen der Planer dieses großen Umbaus der deutschen Gesellschaft, dann werden die Migrantenorganisationen diesen Umbau wesentlich mittragen und dafür auch fürstlich alimentiert:

Rechnet man das vorsichtig zusammen, kommt man auf eine geschätzte Summe von 40 bis 50 Millionen Euro jährlich, mit denen die Migrantenorganisationen jedes Jahr zu bezuschussen sind. Zu den 50.000.000.000 Euro, die nach den Berechnungen des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft, die Flüchtlinge allein in den Jahren 2016 und 2017 den Steuerzahler kosten werden, addieren sich auf zwei Jahre gerechnet noch die 80 bis 100 000 Millionen Euro hinzu, die die Migrantenorganisationen allein zur Finanzierung ihrer Lobbyverbände vom Stadt fordern.

Den kompletten Beitrag lesen Sie [hier](#).